

## Wie der Sozialstaat finanziert werden kann ...

### OHNE IMMER WEITERE BELASTUNG DER BEITRAGSZAHLENDEN (VON NICOLAS GRAßY)

Seit vielen Jahren wiederholt sich das gleiche Muster, wenn über die finanzielle Lage des Staates diskutiert wird. Stimmen aus Politik und Wirtschaft behaupten, die gesetzlichen Sozialversicherungen – Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – sowie weitere Leistungen des Sozialstaats wären zu teuer. Häufig heißt es dann, dass man sich diese Ausgaben in Zukunft nicht mehr leisten kann. Steigende Beiträge und sinkende Leistungen erscheinen vielen als unausweichlich.

Dieser vereinfachten Darstellung widerspricht der Sozialverband VdK grundsätzlich. Gemeinsam mit der finanzpolitischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Fiscal Future hat der VdK untersucht, wie es tatsächlich um die Finanzierung der Sozialversicherungen steht – und welche Reformen möglich wären, ohne die Beitragszahlenden weiter zu belasten.

Das Ergebnis: Die finanzielle Schieflage ist keineswegs zwangsläufig, sondern politisch mitverursacht. Es ist ein zentrales Problem, dass seit Jahrzehnten über die Sozialversicherungen auch staatliche Leistungen finanziert werden, die gesamtgesellschaftlichen Zwecken dienen und eigentlich vom Bundeshaushalt getragen werden müssten. Die Kassen der gesetzlichen Sozialversicherungen werden für Aufgaben in Anspruch genommen, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen. Finanziert werden sie aber nur von einer begrenzten Gruppe – nämlich den Beitragszahlenden (etwa sozial versicherungspflichtig Beschäftigte und ihre Arbeitgeber, Rentnerinnen und Rentner sowie freiwillig Versicherte).

Ein Beispiel: Die Deutsche Rentenversicherung trägt derzeit 108,2 Milliarden Euro an Kosten für Leistungen wie Kindererziehungszeiten, Mutterschutz oder Ausbildungszeiten. Der Bund erstattet jedoch nur rund 84,3 Milliarden Euro über den sogenannten Bundeszuschuss. Die Differenz – knapp 24 Milliarden Euro – bleibt an der Rentenversicherung hängen. Leistungen wie diese sind zwar sinnvoll, aber ihre Finanzierung darf nicht einseitig zulasten der Beitragszahlenden gehen.

Aktuell zahlen die gesetzlich Versicherten zur Finanzierung dieser gesamt gesellschaftlichen Aufgaben 1,5 Prozent höhere Beiträge als eigentlich nötig. Solche verdeckten Lasten finden sich in allen Sozialversicherungszweigen – mit sozialen und finanziellen Schieflagen als Folge. Während der Bundeshaushalt durch Steuereinnahmen aus allen Einkommens- und Gesellschaftsgruppen finanziert wird, basieren die Sozialversicherungen vor allem auf den Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit mittleren und niedrigeren Löhnen. Sehr hohe Einkommen werden aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen prozentual deutlich niedriger belastet. Diese Lastenverteilung ist ungerecht und muss verändert werden.

Statt die Beitragssätze weiter zu erhöhen oder Leistungen zu kürzen, fordert der VdK eine grundlegende Steuerreform. Die Analyse von VdK und Fiscal Future zeigt: Mit einer umfassenden steuerpolitischen Neuausrichtung könnten Bund und Länder jährlich bis zu 100 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen.

### Was fordert der VdK konkret?

- Der Sozialverband VdK schlägt vor, die Erbschaftssteuer sozial gerecht zu gestalten. „Omas Häuschen“ soll verschont bleiben, dafür aber Ausnahmen für Betriebsvermögen und große Erbschaften gestrichen werden. Bei einem Freibetrag von 2 Millionen Euro wären Mehreinnahmen von 5 bis 10 Milliarden Euro möglich.

- Die Vermögenssteuer soll in verfassungskonformer Form zurückkehren: ein Prozent ab 5 Millionen Euro, zwei Prozent ab 100 Millionen Euro. Auch hier ist mit einem hohen Freibetrag von 5 Millionen Euro sichergestellt, dass wirklich nur sehr Reiche betroffen sind. Das könnte rund 40 Milliarden Euro bringen und würde nur etwa 0,5 Prozent der Erwachsenen in Deutschland betreffen.
- Eine Digitalsteuer nach französischem Vorbild würde Digital-Konzerne stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen und bis zu 8 Milliarden Euro einbringen.
- Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt und 0,1 Prozent auf Wertpapiergeschäfte und 0,01 Prozent auf Derivate betragen. Übliche Privatanlegergeschäfte sollten ausgenommen werden, um Kleinsparer nicht zu belasten. Erwartete Einnahmen: 25 Milliarden Euro.
- Zur Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung braucht es mehr Personal in Finanzämtern. Realistisch sind so 25 Milliarden Euro Mehreinnahmen pro Jahr zu erreichen. Dieses Geld könnte genutzt werden, um die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in den Sozialversicherungen aus Steuermitteln zu finanzieren – wie es eigentlich vorgesehen ist. Die Beitragssätze würden sich stabilisieren, und die Versicherungen könnten sich wieder stärker auf ihre eigentliche Aufgabe fokussieren: den Schutz und die Absicherung der Versicherten. Das Konzept des VdK beinhaltet neben Steuermehreinnahmen auch spürbare Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen. Nur diejenigen, die wirklich sehr reich und vermögend sind, müssten etwas mehr zahlen. Alle anderen sollten deutlich entlastet werden.
- Der VdK will den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf weitere Alltagsgüter (wie Hygieneartikel, Getränke usw.) ausweiten und Medikamente sowie pflanzliche Lebensmittel komplett von der Steuer befreien.
- Die Einkommensteuer muss sozial gerecht reformiert werden – durch eine Anhebung des Grundfreibetrags auf das soziokulturelle Existenzminimum (aktuell 15.100 Euro) sowie höhere Steuersätze für Top-Verdiener: 49 Prozent ab 87.000 Euro, 52 Prozent ab 140.000 Euro. Untere und mittlere Einkommen würden so um etwa 25 Milliarden Euro entlastet.

Die Beispiele zeigen auf, wie sich die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten aller staatlichen Ebenen verbessern lassen. Anstatt immer nur an Kürzungen zu denken, sollte die Politik mehr die Einnahmeseite im Blick haben. Das erhöht nicht nur die finanziellen Möglichkeiten für wichtige soziale Leistungen, es schafft ebenso Gerechtigkeit und trägt dazu bei, den sozialen Frieden zu wahren. Denn aktuell ist es häufig die arbeitende Mitte, die immer mehr belastet wird – während sich die Zahl der Überreichen weiter erhöht. Gerade in einer solchen Situation vergiften Kürzungsdebatten und Beitragssteigerungen das gesellschaftliche Klima und öffnen Populismus Tür und Tor. Dieser Entwicklung wird der VdK sich weiter mit aller Kraft entgegensezten – im Sinne seiner Mitglieder, aber auch im Sinne der Demokratie.